

Bezirkstagswahlprogramm 2018 der ÖDP Niederbayern

Die ÖDP bekennt sich zur Existenz und zum Erhalt der sieben bayerischen Bezirke als Teil der bayerischen Tradition und Identität. Sie tragen Mitverantwortung für wichtige regionale Aufgaben vor allem im sozialen und kulturellen Bereich. Ohne die Bezirke als dritte kommunale Ebene wäre Bayern übersät mit intransparenten Zweckverbänden, die dann regionale Aufgaben wahrnehmen müssten – ohne direkte Legitimation und Kontrolle durch den demokratisch gewählten Bezirkstag.

Die Aufgaben des Bezirkstags sind vielfältig: Im Sozialbereich übernehmen die Bezirke kostenintensive überörtliche Aufgaben, mit denen die Kommunen überfordert wären. Der Bezirk fördert Menschen mit Behinderung. Mit der Hilfe zur Pflege unterstützt er ältere Menschen, die den Eigenanteil einer notwendigen stationären Pflege nicht leisten können. Der Bezirk ist Träger psychiatrischer und neurologischer Fachkrankenhäuser, er unterhält Fach- und Sonderschulen, Freilichtmuseen, Thermalbäder, Kultur- und Bildungszentren, eine Fachberatung für Fischerei und Gewässerschutz. Und schließlich engagiert sich der Bezirk bei der Förderung niederbayerischer Kulturprojekte, der Denkmalpflege und als Förderer der Jugendverbände mit ihren vielfältigen Angeboten. Für diese Bezirksaufgaben wird sich die ÖDP auch in Zukunft einsetzen.

Die ÖDP tritt ferner dafür ein, dass der Freistaat Bayern nicht nur nach außen auf den Fortbestand des föderalen Staatsaufbaus beharrt, sondern diesen auch nach innen vorlebt. Deshalb fordern wir eine Stärkung der Bezirke. Aufgaben wie beispielsweise die regionale ÖPNV-Koordination könnten vom Bezirk viel bürgernäher bearbeitet werden als von der staatlichen Bürokratie. Der Bezirkstag sollte künftig selbstbewusster als Wahrer niederbayerischer Interessen auftreten.

Unsere wichtigsten Ziele für engagierten ÖDP-Einsatz im Bezirkstag 2018 bis 2023:

1) Psychiatrische Versorgung

Der Bezirk muss ohne Verzögerung die Lücken in der psychiatrischen Versorgung schließen. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt es seit Jahren eine alarmierende Steigerung der Erkrankungen. Vor allem Verhaltensauffälligkeiten und emotionale Störungen sowie neurotische und Belastungsstörungen werden diagnostiziert. Während 1997 etwa 150 Kinder und Jugendliche in Niederbayern einer stationären psychiatrischen Behandlung bedürftigen, waren es 2016 rund 350 Kinder und Jugendliche. Allein in den vergangenen vier Jahren stieg die Anzahl der behandlungsbedürftigen Störungen bei Kindern und Jugendlichen in Niederbayern enorm. In einigen niederbayerischen Landkreisen gibt es jedoch nicht einmal niedergelassene Kinder- und Jugendpsychiater, beispielsweise in den Landkreisen Freyung-Grafenau und Regen, in Dingolfing-Landau sowie in den Landkreisen Kelheim und Rottal-Inn. Mit neuen Standorten für eine psychiatrische Institutsambulanz in Zwiesel und Waldkirchen schließt der Bezirk eine große Versorgungslücke im östlichen Niederbayern. Die Planung für weitere Standorte in Kelheim und im Rottal muss unverzüglich erfolgen. Am Bezirkskrankenhaus Passau muss in der kommenden Amtsperiode eine stationäre Kinder- und Jugendpsychiatrie am BKH Passau entstehen. Der Bezirk soll mehr ärztliche Weiterbildungsstellen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie bereitstellen.

Die dramatische Zunahme von Verhaltensstörungen und emotionalen Störungen hat verschiedene Ursachen. Wir sehen sie u.a. auch in einem Zusammenhang mit der Ökonomisierung des Familienlebens. Die ÖDP tritt in Ihrem Bayern-Programm dafür ein, familiäre Sorgearbeit für Kinder und Pflege finanziell wesentlich besser anzuerkennen. Symbolische Beträge wie das Betreuungsgeld reichen nicht und haben allenfalls eine Alibifunktion. Wir unterstützen zwar den bedarfsgerechten Ausbau öffentlicher Betreuungseinrichtungen. Wir sind aber der Überzeugung, dass der Bedarf an

Krippenplätzen wesentlich geringer wird, wenn man Eltern die Entscheidungsfreiheit lässt, ob sie ihr Kind schon im Windelalter in die Krippe geben oder familiär betreuen. Diese Entscheidungsfreiheit haben Eltern aber nur, wenn ihre wichtige Leistung für die Gesellschaft auch finanziell angemessen anerkannt wird. Die Eltern-Kind-Bindung darf nicht durch eine einseitige Förderung externer Betreuung gefährdet werden. Wir sagen: JA zu einem Familiengehalt für Erziehung und Pflege!

2) Pflege, Heimaufsicht, Hospize

Die ÖDP setzt sich für eine bessere und bedarfsgerechte, menschenwürdige und aktivierende Pflege in den Heimen ein, für eine Erhöhung des Personalstandes und für eine leistungsgerechte Bezahlung des Pflegepersonals. Deshalb wollen wir, dass der Solidaritätszuschlag in eine Soli für familiäre Sorgearbeit und Pflege umgewandelt wird, um Pflege nach Stoppuhr als menschenunwürdige Entwicklung unseres Sozialsystems zu beenden. Für die Heimaufsicht soll künftig der Bezirk zuständig sein. So können örtliche personelle Überschneidungen von Heimaufsicht und gleichzeitiger Heimträgerschaft vermieden werden. Es wird eine verstärkte und zunehmende Aufgabe des Bezirks sein, dem gestiegenen Bedarf an gerontopsychiatrischer Versorgung zu decken.

Die ÖDP fordert die Unterstützung von Hospizeinrichtungen als Aufgabe der Bezirke. Hospize sollen nicht nur in Großstädten, sondern auch in der Region fachlich und finanziell unterstützt werden, mit dem Ziel, schwerstkranken und sterbenden Menschen ein würdevolles Leben bis zum Ende zu ermöglichen und ihren Angehörigen Unterstützung und Begleitung zu geben.

3) Selbstbestimmtes Wohnen von Menschen mit Behinderung

Die ÖDP unterstützt die Förderung von Menschen mit Behinderung und setzt sich für betreute Wohngruppen, selbstständiges Wohnen mit flankierenden Angeboten und bedarfsgerechter Pflege der Betroffenen ein. Wir unterstützen inklusive Angebote, wollen aber die bewährten und erfolgreich arbeitenden Fördereinrichtungen und Schulen insbesondere für sinnesbehinderte Kinder und Jugendliche erhalten.

4) Kultur, Denkmal- und Brauchtumspflege

Beinahe zwei Drittel der ca. 120.000 Baudenkmäler in Bayern befinden sich in privatem Eigentum. Die Verluste, Leerstände und offensichtlichen Gefährdungen sind erheblich. Die öffentlichen Zuschussmittel der verschiedenen Stellen sind angesichts der Situation ein Tropfen auf den heißen Stein. Hier ist dringender Handlungsbedarf. Der Bezirk Niederbayern sollte größte Anstrengungen unternehmen, um den Wert der Denkmäler durch eine vorbildliche Förderung noch mehr in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Ziel der ÖDP ist, dass denkmalgeschützte Gebäude in Niederbayern dauerhaft erhalten und nicht verfälscht, beschädigt, beeinträchtigt oder zerstört werden.

Der Bezirk muss Garant der Kulturgüter und der Kulturlandschaft unserer niederbayerischen Heimat sein und dazu beitragen, sie zu bewahren. Wir wollen die Sanierung niederbayerischer Denkmäler mit höherer Förderung als bisher unterstützen und die Kulturlandschaft gegen Zersiedelung verteidigen: Das Landesentwicklungsprogramm darf nicht weiter durch eine Lockerung des Anbindegebotes ausgehöhlt werden.

Der Bezirkstag soll den Vorschlag des Bayerischen Heimattages unterstützen, die niederbayerische Donau in das Weltkultur- und –Naturerbe der UNESCO aufzunehmen.

Für regionale Kulturförderung, Musik, Theater, Volksmusik, Brauchtum und Heimatpflege sind künftig ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen. Besonderes Gewicht ist auf die Förderung von Kindern und Jugendlichen zu legen. Die ÖDP bekennt sich zu den Freilichtmuseen Finsterau und Massing als Museen für das ländliche Siedlungswesen.

5) Klima, Umwelt und Gewässerschutz

Fruchtbarer Ackerboden gehört auf die Felder und nicht in die Gewässer. Der Bezirkstag muss in der kommenden Amtsperiode gegenüber der Staatsregierung darauf bestehen, dass Uferstrandstreifen zum Schutz heimischer Gewässer und der Fischbestände verpflichtend geregelt werden. Diese Forderung des Fischereiverbandes und der Naturschutzverbände unterstützt die ÖDP mit Nachdruck. Der Bezirkstag von Niederbayern, der durch eigene Fischereisachverständige auch für den Schutz heimischer Fischgewässer und Fischbestände zuständig ist, muss sich aktiv in diese Debatte einmischen. Nur durch eine entsprechende gesetzliche Verpflichtung kann der zunehmende und vor allem landwirtschaftlich bedingte Sedimenteintrag in die Gewässer reduziert und die natürliche Reproduktion der heimischen Fischarten verbessert werden.

Alle Gebäude des Bezirks sollen im Hinblick auf Energieeinsparung und Klimaschutz fortlaufend optimiert werden. Eine Umstellung der Energieversorgung auf regenerative Energien wollen wir mit Nachdruck vorantreiben. Bei Neubau, Erweiterungs- und Sanierungsmaßnahmen des Bezirks ist auf die konsequente Verwendung baubiologisch und bauökologisch nachweislich unbedenklicher Baustoffe zu achten und Passivhausstandard anzustreben.

Land- und forstwirtschaftliche Bezirksgüter müssen ökologisch vorbildlich bewirtschaftet werden.

6) Wirtschaftsförderung: Wer gefährdet das gute Image?

Die ÖDP bekennt sich zum Engagement des Bezirks für die Heil- und Thermalbäder Bad Füssing, Bad Griesbach, Bad Birnbach, Bad Gögging und Bad Abbach und zur Förderung eines sanften landschaftsschonenden Tourismus.

Der Bezirk hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit einem optimierten Regionalmarketing den Standort Niederbayern als attraktiven Wirtschafts- und Lebensraum zu bewerben. Deshalb muss sich der Bezirk auch der Themen annehmen, die mit diesen Bemühungen kollidieren, selbst wenn diese nicht zu den eigentlichen Aufgaben des Bezirks gehören.

Der Bezirk soll von der Bundes- und Landesregierung Gesetze und Verordnungen zur Tierhaltung einfordern, die tierhaltende Betriebe so begrenzen, dass sie durch Veterinäre kontrollierbar sind. Eine skandalöse und ethisch nicht vertretbare Massentierhaltung mit Betriebsgrößen wie beispielsweise bei „Bayern-Ei“ wären auch mit einer Vervielfachung des Veterinärpersonals unkontrollierbar. Ziel der ÖDP ist, die industrielle Tierhaltung insgesamt abzustellen und den bäuerlichen Betriebsformen neue Chancen zu geben.

7) Der Bezirkstag als Wahrer niederbayerischer Interessen

Wir treten dafür ein, dass der Bezirk die Genehmigungszuständigkeit für die landkreisüberschreitende Nahverkehrsplanung erhält. Landkreisüberschreitender ÖPNV und der SPNV können besser und bürgernäher in der Region geregelt werden als von einer Staatsbehörde.

Wir treten für die Auflösung der regionalen Planungsverbände ein und fordern stattdessen eine Verlagerung dieser Aufgaben in die Zuständigkeit der Bezirke.

Der Bezirkstag soll sich generell gegenüber der Staats- und Bundesregierung als Wahrer niederbayerischer Interessen zu Wort melden. Mit der Direktwahl des Bezirkstagspräsidenten würde das Gewicht des Bezirks im staatlichen Gefüge gestärkt.

Beschlossen beim niederbayerischen Bezirksparteitag am 3. März 2018 in Passau